

bdo . Reinhardtstr.25 . 10117 Berlin  
Bundesministerium für Digitales  
und Verkehr  
Herrn Bundesminister Dr. Volker Wissing  
11030 Berlin

**vorab per E-Mail**

**Der Präsident**

Bundesverband Deutscher  
Omnibusunternehmen e.V.

Reinhardtstraße 25  
10117 Berlin

T +49 30 24089-300  
karl.huelsmann@bdo.org  
www.bdo.org

2022-03-14

**Preisexplosion beim Diesel stoppen – Busunternehmen entlasten – Daseinsvorsorge sichern.**

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

die aktuellen Preissteigerungen beim Dieselmotorkraftstoff stellen die Busunternehmen vor nie dagewesene Herausforderungen. Sie sind potenziell bedrohlicher für zahllose Unternehmensexistenzen als es Corona je war. Es drohen massive Einschnitte im ÖPNV oder der Wegfall von Schulverkehren. Die Situation hat sich mittlerweile bereits so zugespitzt, dass Unternehmen gezwungen sind, sich von der Bedienungspflicht entbinden zu lassen. Verkehrsverträge können damit nicht erfüllt werden. Diese Entwicklung gefährdet die öffentliche Mobilität insgesamt und die Aufrechterhaltung der Schülerverkehre vor allem in den ländlichen Räumen, in denen unsere Mitglieder stark vertreten sind. Wir sind daher sehr beunruhigt. Lag der Dieseleinkaufspreis für Großverbraucher im März 2021 noch bei 1,00 € netto, liegt er heute über 2,00 € zzgl. USt. Die Preise für Abnehmer geringerer Mengen liegen noch deutlich darüber. Dies entspricht einer Steigerung von über 90%. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht in Sicht.

Ob Linienverkehr als eigenwirtschaftlicher Konzessionär, Auftragsunternehmer oder aufgrund einer Bruttoausschreibung; ob Schülerspezialverkehr oder Behindertenbeförderung – nahezu jeder Verkehr mit gewisser Laufzeit droht bei solchen Dieselpreissteigerungen, defizitär zu werden. Jede unternehmerische Kalkulation wird dadurch zur Makulatur. Und auch im nach der Omikron-Welle langsam anlaufenden Reise-, Ausflugs- und Mietomnibusverkehr frisst die Kostenexplosion die Margen.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die am Wochenende durch die Presse angekündigte Offensive des Bundesfinanzministers, einen Tank Rabatt grundsätzlich einzuführen. Allerdings befürchten wir, dass den Besonderheiten des ÖPNV hier nicht genug Rechnung getragen wird. Anders als bei der Logistik, ist der ÖPNV als Teil der Daseinsvorsorge streng reguliert. Preise sind politisch vorgegeben und können nicht wie in normalen Märkten durch die Unternehmen angepasst werden. Ausschreibungen laufen über 10 Jahre. Änderungen bei Preisen würden zu Neuausschreibungen der Verkehre führen. Aus Sicht des bdo müsste daher der ÖPNV bei den steigenden Energiekosten gesondert betrachtet und berücksichtigt werden.

Aus unserer Sicht gäbe es drei Möglichkeiten, die Unternehmen bei der Bewältigung dieser existenzbedrohenden Situation zu unterstützen, und großflächige Ausfälle von Busverkehren zu vermeiden.

Einerseits könnte die Liquidität der Unternehmen durch Zuschüsse gesichert werden. Dies hätte den Nachteil, dass eine langwierige Notifizierung in Brüssel erforderlich wäre. Als es 2020 um Coronahilfen ging, hat sich die EU-Kommission mit einer Notifizierung sehr schwergetan. Private Unternehmen mit eigenwirtschaftlichen Verkehren hatten daher massive Probleme, Hilfsleistungen zu erhalten. Notvergaben waren erforderlich. Bis heute haben Mischbetriebe keine Überbrückungshilfen erhalten.

Ein anderer Ansatzpunkt wäre die temporäre Aussetzung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung für Busunternehmen. Hier kann allerdings nur ein relativ begrenztes Hilfspotenzial gehoben werden, da der CO<sub>2</sub>-Preis im Vergleich zu den Gesamtkosten nicht so stark ins Gewicht fällt. Am Effektivsten wäre eine Senkung der Energiesteuern. Hier könnte für den Busverkehr auf das bewährte Instrument des § 56 Energiesteuergesetz zurückgegriffen werden.

Über diese Vorschrift erhalten ÖPNV-Unternehmen derzeit am Ende eines Jahres 5 Cent pro Liter Diesel zurück. Die aktuelle Krise macht einen Umbau des Systems erforderlich. Mit Ihrer Hilfe könnte der Satz temporär auf mindestens 40 Cent pro Liter erhöht werden und die Unternehmen könnten die Möglichkeit bekommen, sich die Energiesteuern monatlich erstatten zu lassen. Außerdem regen wir dringend an, die Energiesteuerrückzahlung für alle Linienverkehre und auch den Gelegenheitsverkehr zu öffnen, will man eine ökologische Lenkungswirkung entfalten.

Herr Minister, wir bitten Sie, sich unserem Anliegen anzunehmen und sich innerhalb der Bundesregierung für eine Unterstützung der für die Daseinsvorsorge so essentiellen Busbranche einzusetzen.

Für Rückfragen und weitere Details stehen wir jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Bundesverband Deutscher  
Omnibusunternehmen e. V.



Karl Hülsmann  
Präsident



Christiane Leonard  
Hauptgeschäftsführerin